Kunststoffindustrie fordert Ende der Plastiksteuer-Diskussion

Berlin/Frankfurt am Main, 4. November 2026 – Die Initiative „Wir sind Kunststoff“ begrüßt, dass das Bundeskabinett entgegen des vorläufigen Agendavorschlags keine Plastiksteuer im Eilverfahren beschlossen hat. Die drei Verbände der Initiative betonen, dass bislang kein Konzept bekannt wurde, wie die gravierenden inhaltlichen Schwächen des Gesetzesentwurfs hätten behoben werden sollen.

Das Bundesfinanzministerium hatte vorgeschlagen, ab 2027 eine Steuer von 550 Euro/Tonne auf Kunststoffverpackungen einzuführen. Die Steuer sollte im Eilverfahren über einen Änderungsantrag in das Haushaltsbegleitgesetz 2027 eingefügt werden. Mehr als 40 Verbände der Wirtschaft sowie die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft hatten dieses Vorgehen kritisiert und sich gegen eine Plastiksteuer ausgesprochen.

„Die Diskussion hat gezeigt: In Deutschland ist keinen Platz für eine Plastiksteuer. Daher ist es richtig, dass die Bundesregierung das Eilverfahren erneut nicht im Kabinett beschlossen hat. Investitionen am Standort Deutschland brauchen Planungssicherheit – keine Steuer-Diskussionen“, sagte Dr. Martin Engelmann, Geschäftsführer des GKV Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie.

„Der Vorschlag diskriminierte nicht nur das Verpackungsmaterial Kunststoff, sondern benachteiligte auch deutsche Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. Denn wer in Deutschland verpackt, hätte gezahlt – wer im Ausland verpackt und nach Deutschland liefert, nicht. Das wäre Sabotage am Wirtschaftsstandort“, erläutert Dr. Christine Bunte, Hauptgeschäftsführerin von Plastics Europe Deutschland.

„Hinzu kommt: Der Vollzugsaufwand des Vorschlags war völlig unangemessen. Beim Zoll und in der Verwaltung müssten mindestens 800 neue Stellen geschaffen werden. Und trotzdem wäre die Kontrolldichte sehr gering. Zusätzlich wären deutsche Unternehmen mit erheblichen Bürokratiekosten belastet worden Das passt nicht zu dem Ziel, Bürokratie abzubauen“, erklärte Thorsten Kühmann, Geschäftsführer des VDMA Kunststoff- und Gummimaschinen.

Die drei Geschäftsführer sind sich einig: „Diese gravierenden inhaltlichen Fehler sind keine Schwächen eines ersten Entwurfs. Sie sind Ausdruck der Unvereinbarkeit des deutschen Steuerrechts mit der Komplexität des Verpackungsmarktes. Wie sich diese beheben lassen soll – erst recht in einem Schnellverfahren – dazu liegt bislang keine überzeugende Idee vor. Wir appellieren daher dringend an die Bundesregierung, nun zielführende Alternativen wie die Ökomodulierung umzusetzen.“

Über „Wir sind Kunststoff“

Die Initiative „Wir sind Kunststoff“ wird angeführt durch den Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. und seinen vier Trägerverbänden sowie von PlasticsEurope Deutschland e. V. und dem VDMA Fachverband Kunststoff- und Gummimaschinen. Gemeinsam wollen die Verbände den offenen Austausch und Dialog zu Innovationen und nachhaltigen Entwicklungen der Kunststoffindustrie in Richtung Kreislaufwirtschaft vorantreiben. Mit einem Jahresumsatz von über 100 Milliarden Euro, einem hohen Exportanteil und ihrer Innovationskraft gehört die Kunststoffindustrie mit ihrer zunehmend nachhaltigeren Ausrichtung nicht nur bei High-Tech-Anwendungen zur Weltspitze.

Kontakte:
Wir sind Kunststoff

Mara Hancker (GKV)
T: 06172-926666

Ina Hoch (VDMA)
T: 069-69 6603-1844

Bettina Dempewolf (PED)
T: 0171-9713962

presse@wir-sind-kunststoff.de
www.deinkunststoff.de